Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 02.06.2020, S.15

Klagen zum Giesener Kaliwerk: Urteile erst in zwei Jahren?

Corona-Einschränkungen bremsen Verwaltungsgericht in Hannover aus

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Hannover. Das Verwaltungsgericht Hannover entscheidet möglicherweise erst in zwei Jahren über die Klagen gegen die Genehmigung des Neustarts des Giesener Kali-Bergwerks.

„Es lässt sich absehen, dass mündliche Verhandlungen nicht mehr in diesem Jahr erfolgen werden. Ob es 2021 dazu kommt, ist ebenfalls noch nicht absehbar", erklärte ein Sprecher auf HAZ-Anfrage und verwies auch auf einen „erheblichen Verhandlungsstau" des auch zuvor schon gut ausgelasteten Gerichts durch die Beschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie. „Es gibt auch viele ältere Verfahren, die noch zu entscheiden sind."

So habe es im April und Mai überhaupt keine Sitzungen gegeben. Erst im Laufe des Juni sollen für alle Kammern „in äußerst begrenztem zeitlichen und räumlichen Umfang wieder mündliche Verhandlungen vor dem Einzelrichter stattfinden". Wann es wieder zu Verhandlungen in Verfahren, über die nicht nur ein einzelner Richter, sondern die ganze Kammer entscheiden muss, kommt, ist ungewiss. Zu dieser Gruppe gehören auch zumindest einige der insgesamt sechs Kali-Klagen, die zum Teil komplexe bergrechtliche Fragen beinhalten und sich auf einen mehr als 1000 Seiten umfassende Genehmigungs-Bescheid beziehen.

Vor gut einem Jahr hatten mehrere Gemeinden und Verbände aus dem Landkreis Hildesheim gegen den Planfeststellungsbeschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) geklagt, mit dem die Behörde eine Wiederinbetriebnahme des Kaliwerks genehmigt hatte.

Besonders fundamental ist die Klage des BUND und der Bürgerinitiative Giesen-Schacht. Sie richtet sich gegen zentrale Aspekte der Genehmigung wie die Erlaubnis, einen zweiten Kaliberg aus Abbaurückständen aufzuschütten. Zudem fürchten sie negative Auswirkungen auf die Wasserqualität der Innerste.

Die Gemeinde Giesen wehrt sich gegen das Ansinnen, dass der Transportverkehr vom Werk durch die Ortsdurchfahrt rollen soll. Die Gemeinde Harsum sieht vor allem die geplanten zusätzlichen Zugfahrten durch den Ort sehr kritisch. Zwei Landwirte-Verbände aus der Gemeinde Harsum und der Stadt Sarstedt, die zusammen rund 150 Bauern vertreten, wollen unter anderem Einschränkungen bei der Nutzung ihrer Feldwege verhindern.

Kompletter Stillstand in den Verfahren herrscht allerdings nicht, versichert das Gericht. „Die Beteiligten tauschen derzeit mit Schriftsätzen Standpunkte aus." Ein solches Vorgehen ist bei Verfahren vor dem Verwaltungsgericht üblich, ehe der Fall in einer mündlichen Verhandlung entschieden wird.

Der Düngemittel-Konzern K+S hält an seiner Linie fest, sich mit einer Entscheidung über die Wiederinbetriebnahme des Giesener Kaliwerks Zeit zu lassen – und es von der Entwicklung auf dem Weltmarkt abhängig zu machen, ob und wann es in Giesen wieder losgeht. Fünf Jahre kann das Unternehmen nach der Genehmigung ins Land gehen lassen, gut ein Jahr ist erst vorbei. Dabei darf K+S trotz der Klagen aktiv werden – müsste allerdings das Risiko eingehen, bereits Getanes rückgängig machen zu müssen, sollten einer oder mehrere der Kläger Erfolg haben.